

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 84/85.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Mittelzeile 6 Pf., die 90 mm breite Mittelzeile im Restanmetel 20 Pf. Anzeigenannahme an Freitagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 132

Donnerstag, den 5. November 1931.

44. Jahrgang

Entscheidende Lage.

Ämtliche Klärung in Paris.

Paris, 4. November.

Von maßgebender Seite sind die verschiedenen Gerüchte, die von allen Seiten über die angebliche Lösung der Zeitungsfrage und der Frage der kurzfristigen Kredite verbreitet wurden, zum größten Teil als unmaß gebührend worden. Was bereits geschrieben ist, bringt das „Journal“ in den Worten zum Ausdruck, daß der französische Ministerpräsident aus Amerika die Handlungsfreiheit für Frankreich und die Notwendigkeit zu handeln, mitgebracht habe. Außer diesem nicht zu unterschätzenden Erfolg der französischen Diplomatie ist jedoch nichts geschahen. Auch die Pariser Blätter, die bisher immer noch in dem Irrtum lebten, der deutsche Vorkämpfer werde der französischen Regierung Vorschläge der Reichsregierung unterbreiten, haben sich inzwischen von ihren Berliner Berichterstattern dahin befehlen lassen, daß die Unterredung Lavals mit dem Vorkämpfer von Hoelch mehr der Unterrichtung diene, und daß die Reichsregierung zunächst einmal die notwendigen Aufforderungen des französischen Vorkämpfers über eine ganze Reihe von Fragen erwartet, die in Washington erteilt wurden, ehe sie selbst zur Frage der kurzfristigen Kredite und der Erbitte Stellung nehmen kann.

Die Meldung, wonach sich Ministerpräsident Laval gegebenenfalls mit der Ansicht trage, eine Konferenz der Gläubiger gemäß nach Barriß einzuberufen, ist von Laval selbst demontiert worden.

Eine Reihe von Blättern machen Deutschland den Vorwurf, mit den kurzfristigen Krediten und ihrer Rückzahlung zu manipulieren, um den Beweis zu erbringen, daß es Deutschland unmöglich sei, auch nur einen geringen Teil der Erbitte zu zahlen.

Die nationalökonomische „Ordnung“ weist Deutschland vor, durch seine überhöhten Forderungen jede deutsch-französige Annäherungspolitik unmöglich zu machen.

Die „Journal Industrielle“ warnt vor Ueberbütungen und erklärt, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nur sehr vernünftige Ziele verfolge, daß aber das Arbeitsprogramm der internationalen Besprechungen vorher in allen Einzelheiten aufgestellt werden müsse.

Danf an Laval.

Von der Tagung des französischen Ministerrats wurde folgende ämtliche Mitteilung veröffentlicht: „Ministerpräsident Laval hat dem Ministerrat über die von ihm in den Vereinigten Staaten erfüllte Aufgabe Rechenschaft abgelegt.“

Der Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident Berard du Laval im Namen des Gesamtkabinetts und beglückwünscht ihn zu den Bedingungen, unter denen er sich der Aufgabe erledigt hat.

Er hob hervor, daß die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten durch die Arbeit des Ministerpräsidenten gefördert worden sei. Ferner legte der Finanzminister Flaminio den Ministerrat den Gesinnungswort über den neuen Abschnitt der nationalen Ausrichtung vor. Die betreffende Vorlage wird unmittelbar dem Finanzschatz zugeweiht werden, damit die Ausprache in der Kammer so schnell wie möglich beginnen kann. Der Zusammentritt der Kammer wurde auf den 12. November festgelegt.“

von Hoelch bei Briand und Laval.

Vorkämpfer v. Hoelch hatte nach dem Ministerrat eine Unterredung mit dem Außenminister Briand. Im Laufe des Nachmittags wurde er von Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand gemeinsam empfangen.

Englische Äußerungen.

Die „Times“ schreiben über die Rückkehr Lavals: Es ist klar, daß Laval den klaren Versuch machen wird, das Problem der französisch-englischen Beziehungen zu lösen. Nach seinem Besuche in Washington weiß er, daß er freie Hand hat. Er ist im Begriff, den Versuch zu machen, ein dauerendes Abkommen mit Deutschland auf der Grundlage der bestehenden Verträge von Versailles und dem Haag zu erreichen. Ueberdies will er, wie er angekündigt hat, der jetzigen Wirtschaftskrise „angemessene Berücksichtigung“ zu teil werden lassen. Vorläufig wird die Frage der Stillhalte-Kredite auf die eigentlich Großbritanien und Amerika mehr angeht als Frankreich.

Werde Laval seine Vorschläge in einer großzügigen, konfliktfreien und nicht zu trennen annehmen, so werde es ihm vielleicht noch möglich sein, die ständig schlimmer werdende Lage wiederherzustellen. Es gehe um die wirtschaftliche Stabilität Europas.

„Financial Times“

behaupten in einem Leitartikel, es sei unabweisbar, daß Laval lediglich zeitweilige Hilfsmassnahmen ins Auge faßt, und daß er selber hinaus nur helfen werde, wenn Deutschland politische Zugeständnisse mache.

Amerika und die Reparationskonferenz.

Die Meldung, daß im Dezember in Barriß eine Konferenz aller wichtigeren an der internationalen Schuldentragung interessierten Regierungen stattfinden werde, wird in Amerika für durchaus maßgebend gehalten. In amt-

lichen Kreisen betonte man, daß Laval mit Hoover diese Fragen eingehend besprochen und daß man sich dahin geeinigt habe, im Interesse der Erreichung wirklich brauchbarer Resultate den nächsten Schritt von Europa kommen zu lassen, da nur auf diesem Wege den amerikanischen Steuerzahlern der Vorfall größeres Opfer unterbreitet werden könne. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung in irgendeiner Form auf der Barrißer Konferenz vertreten sein werde, obwohl zurzeit noch nichts darüber entschieden ist. Zunächst müsse das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sowie, falls irgend möglich, die Ratifizierung des Moratoriums durch den hiesigen Kongreß abgewartet werden.

Die Aussicht auf völligen Bericht auf Reparationen einschließlich des sogenannten unausführbaren Teils befreit man in Amerika aus psychologischen und sachlichen Gründen ziemlich skeptisch.

Der neue Offizialkommissar.

Die Ernennung Schlang-Schönings.

Berlin, 4. November.

Die Unterredungen zwischen Reichsfinanzler Dr. Brüning, dem Abgeordneten Schlang-Schönings (Landvolk) und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun haben Uebereinstimmung darüber ergeben, daß es zweckmäßig sei, in Zukunft eine Besetzung des Offizialkommissars in der Person des neuen Reichsfinanzministers für die Offizial vorzunehmen. Es würden also danach in Zukunft nicht mehr preussische und Reichsstellen getrennt am Hilfswert für den deutschen Staat arbeiten; vielmehr ist an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Regierungen bei verantwortlicher Leitung des Wertes durch den neuen Reichsfinanzminister zu denken.

In politischen Kreisen wird erklärt, daß Ministerpräsident Braun zu einer solchen verantwortlichen Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzminister Schlang-Schönings im Interesse der Offizial durchaus bereit sei. Die offizielle Ernennung Schlang-Schönings dürfte in wenigen Tagen erfolgen, nachdem durch eine besondere Verordnung der kaiserliche Komplex des Offizialwesens getilgt worden ist.

Die steuerfreie Reichsbahnleihe.

Ishieriges Ergebnis: 214,3 Millionen RM.

Berlin, 4. November.

Die Anleihebesitzer ist auch seit Ablauf der Annahmestfrist in steigendem, wenn auch nicht mehr sprunghaftem Anstiegen begriffen. Das stellt bei der bis jetzt — d. h. nach noch nicht zweimonatiger Auflegungsdauer — erreichten Höhe von 214,3 Millionen RM einen Emissionserfolg dar, der um so beachtlicher erscheint, als die monatliche Sperrung der Börsen eine Zulassungsmöglichkeit angestrichelt werden zum Zweck des Erwerbs steuerfreier Reichsbahnleihe fast unmöglich gemacht hat.

Dor allem aber ist das bis jetzt erreichte Anleiheresultat ein Zeichen des allgemeinen Vertrauens in die Sicherheit der in Reichsbahnen angelegten Kapitalien. Dieses Vertrauen ist in der Tat begründet, daß die Finanzen der Reichsbahn trotz der Wirtschaftskrise und des damit zusammenhängenden geringen Verkehrs- und Einnahmerückganges in Ordnung geblieben sind, so daß der gesamte Anleiheresultat zur Finanzierung von Aufträgen an die Industrie verwendet, also der Förderung der Arbeitsnot dienlich gemacht werden kann.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn.

Im Einklang mit der Reichsregierung ist die Reichsbahn augenblicklich damit beschäftigt, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die nächsten Monate aufzustellen. Für dieses Programm stehen die Mittel aus den Erträgen der Reichsbahnleihe zur Verfügung.

Eine Berücksichtigung Schiele.

Die Brotgetreideverforgung Deutschlands.

Berlin, 4. November

Ueber die Brotgetreideverforgung Deutschlands ist auf Grund einer Berechnung von Professor Brand in der Deutschen Reichsbahn eine Auffassung entstanden, die, wie das Reichsernährungsministerium mittels, durchaus nicht den Tatsachen entspricht.

Das Reichsernährungsministerium wendet sich vor allem gegen die Behauptung Brands, daß ein Roggen-einfuhrbedarf vorliege. Nach den bisherigen Ermittlungsergebnissen sei nach Ansicht des Ministeriums eine Einfuhr irgendwelcher Roggenmenge nicht zu erwarten. Es sei zwar richtig, daß die gesamte Getreideernte in Deutschland im allgemeinen qualitativ schlechter sei als im vorigen Jahre, aber gerade die Roggenenernte in diesem Jahre besser als im vorigen Jahre. Entgegen den Angaben Professor Brands glaubt man mit einer Roggenverfügung von nur einer Million Tonnen rechnen zu können.

Die Ziffer von 1,5 Millionen Tonnen sei zu hoch gegriffen.

Was die Weizenverforgung angeht, so habe Minister Schiele bereits darauf hingewiesen, daß mit einem Einfuhrbedarf von rund 500 000 Tonnen gerechnet werden müsse, eine Ziffer, die sich von der Schätzung Brands nur um etwa 50 000

Tonnen unterheide. Da bereits 200 000 Tonnen Weizen in Amerika aufgekauft worden seien, verbleibe lediglich noch eine Menge von 300 000 Tonnen, die ohne weiteres auf dem Weltmarkt, sei es in Nordamerika, sei es in Kanada, zu haben sei. Professor Brand behauptet ferner, daß wir in der Futtergetreideverforgung vor einer großen Verknappung ständen.

Auch dies in der Futtergetreideverforgung vor einer großen Verknappung ständen. Auch dies in der Futtergetreideverforgung vor einer großen Verknappung ständen. Auch dies in der Futtergetreideverforgung vor einer großen Verknappung ständen.

Beruhigung in Bern.

Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Berlin, 4. November

Der schweizerische Bundesrat hat die Mitteilung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen, daß sie mit einer Abführung der Abkündigungserklärung für den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag von drei Monaten auf zwei Monate einverstanden ist. Damit ist ein besonders wichtiger Punkt in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern überwinden, und man darf auf einen ruhigeren Fortgang der Auseinandersetzungen hoffen.

Die Bundesregierung hat den Leiter ihres volkswirtschaftlichen Departements, den Bundesrat Schulthess beauftragt, die Verhandlungen beschleunigt wieder aufzunehmen, und dieser hat noch am gleichen Tage mit dem deutschen Gesandten die Formalien erteilt, die für den Fortgang der Beratungen erforderlich sind. Nachdem sich so die Gemüter wesentlich beruhigt haben, besteht auch auf Schweizer Seite die Hoffnung, nach der Meinungsabklärung in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen wird, mit dem sich beide Teile zufrieden erklären können.

Weitere konservative Siege.

Die englischen Gemeinderatswahlen.

London, 4. November.

In London und in etwa 300 Städten und Landkreisen abgehaltene Gemeinderatswahlen gaben mit Ausnahme von London, wo der gelante Magistrat neu gewählt wurde, der Erlegung eines Drittels der gewählten städtischen Körperschaften.

In London waren in den frühen Morgenstunden 562 konservative und 205 Arbeiterpartei sowie 10 Angehörige verschiedener Parteien gewählt. Damit hat die konservative Partei 425 Sitze gewonnen und die Arbeiterpartei 92 Sitze verloren.

Die Resultate aus den Landkreisen sind zur Stunde noch nicht vollständig, soweit sie vorliegen, zeigen sie starke Verluste der Arbeiterpartei.

Kein geeintes Ostafrika.

Ostafrika-Bericht des englischen Parlamentsauschusses.

London, 4. November

„Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Ostafrika-Bericht des britischen Parlamentsauschusses und bezeichnet ihn als ein entscheidendes Dokument, das einen langen Streit beendet. Zweifelslos würden in diesem Bericht, so schreibt das Blatt weiter, große und wichtige Vorteile preisgegeben, aber die Entscheidung müsse als klug anerkannt werden.

Es sei jetzt klar, daß es kein großes britisch-Ostafrika geben werde, sondern noch wie vor drei getrennte Gebiete. Der Ausschuss habe durch seine Empfehlung die künftigen Entwürfe zwar nicht vorgezeichnet, aber es sei nicht wahrscheinlich, daß etwas, was im Jahre 1920 möglich, 1930 kaum noch möglich war, im Jahre 1940 wieder zu einer Möglichkeit werden sollte.

Gewisse Kreise der englischen Politik hatten darauf gedrungen, daß zwischen den ostafrikanischen Kolonien Deutschlands und dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, das als Mandatsgebiet Tanganja der englischen Verwaltung unterteilt ist, eine enge Vereinigung herbeigeführt und auf diese Weise ein neues großes ostafrikanisches Dominium im Verband des britischen Weltreiches geschaffen werden sollte. Damit wäre das Mandatsgebiet als Kronkolonie dem britischen Reich einverleibt worden. Schon als dieser Gedanke zuerst auftauchte, ist seine juristische Unzulässigkeit von verschiedenen Seiten betont worden, und namentlich Deutschland hat sich in offiziellen und privaten Stimmen gegen ihn gemeldet, sowohl aus rein formalen Erwägungen wie aus den Gedanken heraus, daß die ehemalige deutsche Kolonie früher oder später in irgendeiner Form durch den Völkerverbund an Deutschland zurückgegeben werden könnte. Der Prüfungsausschuss hat sich den durchaus höchstgehenden juristischen Bedenken gegen die angeregte Vereinigung des Mandatsgebietes offenbar nicht verschlossen, und er hat auch politische Bedenken gegen eine Veränderung der gegenwärtigen Zustände in Ostafrika geltend gemacht, um das Ergebnis seiner Arbeiten zu begründen. Dieses geht dahin, daß man sich zunächst darauf beschränken müsse, eine eng wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit im Inter-

haus gebracht werden. Dort wurde sein Magen sofort ausgepumpt und der Körper sodann als Polizeifangener in das Staatskrankenhaus gebracht.

Raubüberfall auf einen Privatwohnung. In die Wohnung des Maurers Emil Jander in Berlin in der ersten Etage des Hauses Nr. 100 in der Straße des Königs wurden zwei Männer gewaltsam eingedrungen. Die beiden Räuber auf das Bett gehend, war in der Wohnung allein anwesend und wurde von den Raubdieben niedergebunden. Glücklicherweise hatte ein Wohnungsnachbar den Vorfall bemerkt. Er verständigte die Polizei, der es gelang, einen der Täter festzunehmen, während der andere entkam.

Wieder ein Dynamitfund. Bei Herdorf fanden spielende Kinder in einem alten Grubenstollen eine Röhre, die 25 Pfund Dynamit enthielt. Die Polizei stellte den Sprengstoff sicher. Nachdem in den letzten Wochen in mehreren Gruben des Siegerlandes Sprengstoffdepotierstellen ausgeführt worden sind, nimmt man an, daß der Sprengstoff für politische Zwecke Verwendung finden sollte.

Hand verurteilt schweren Verletzung. Ein Hund lief in der Votporer Straße in Eilen vor einen Fuhrerwagen und wurde überfahren. Dabei verlor der Fuhrer des Kraftwagens die Gewalt über den Wagen und fuhr auf den Bürgersteig. Zwei dort auf einem Gehweg sitzende Mädchen wurden von dem Wagen erfasst und überfahren. Das eine Mädchen trug so schwere innere Verletzungen davon, daß es auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Dem anderen wurde der rechte Fuß abgequetscht, außerdem erlitt es einen Oberschenkelbruch.

Gasexplosion in Prag. In der Prager Straße, einer Vorstadt Prags, ereignete sich im fünften Stockwerk eines Hauses eine Gasexplosion, wobei zwei Stadtwärter des Gebäudes und eines benachbarten Hauses vollständig demoliert wurden. Alle Fenster der umliegenden Häuser und einiger nahegelegener Fabriken wurden zertrümmert. Vier Personen wurden leicht verletzt.

Todesurteil gegen einen Eisenbahnarbeiter. Der Landwirt Stephan Laski, der am 29. Oktober gegen eine Lokalbahn einen Mordanschlag verübt hat, wurde vom Gerichtshof in Gylla (Ungarn) im landgerichtlichen Verfahren zum Tode durch den Strick verurteilt. Der Mordanschlag hatte Michael Hejjas wurde freigesprochen. Der Gerichtshof hat beschlossen, Stephan Laski zur Begnadigung vorzuschlagen.

Spinale Kinderfänger. In letzter Zeit sind in den baltischen und schwedischen Oberherzogtümern zwischen Weibschüt und Wolf wieder Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Namentlich ist auch in der Amtsdistrikt Sädlingen ein Fall von spinaler Kinderlähmung bei einem Neugeborenen festgestellt worden.

Alpenpässe verriegelt. Folgende österreichischen Alpenpässe sind infolge der starken Schneefälle für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen unpassierbar: Arlberg, Raifalberg und Radstädter Tauernpässe. Alle übrigen österreichischen Alpenpässe sind nur mit Schneedee passierbar.

Die „Todesnebel-Fabrik“ kündigt. Am 10. November wird auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung die chemische Fabrik in Gloggnitz (Böhmen) kündigt. Deren Geschäft im Herbst vorigen Jahres mehrere Millionen Böden im Ruine, namentlich in den Orten Seefeld und Tiller, zum Opfer fielen, endgültig geschlossen.

Retrolomünde in Morenii brennt erneut. Die Retrolomünde in Morenii ist erneut in Brand geraten. Die Sachverständigen haben die Ursachen eingestuft, da die in der Gegend Summen verbliebenen wurden. Erst kürzlich hatte die Bombe verunglückt, das erst unter großen Schwierigkeiten abgelöscht werden konnte.

Folgenreiche Panik in einer jüdischen Kirche. Bei einer kirchlichen Feier in der Basilika San Domenico in Palermo entstand unter den vielen tausend Besuchern aus noch ungeklärter Ursache plötzlich eine Panik. Als die Menschenmengen sich in mühsamer Weise zum Ausgang der Kirche drängten, wurden zahlreiche Personen zu Boden getreten; etwa hundert wurden verletzt, unter ihnen 30 schwer. Eine alte Frau und ein Kind fanden den Tod.

Sieben Tote bei dem Brand eines Krankenhauses. In Penetanguishene (Ontario) geriet ein Flügel des Ontario-Krankenhauses in Brand. Sieben Kranke kamen in den Flammen um.

Zum mitteldeutschen Heimatsängertag.

In einer Vorstandssitzung des Sängerbundes an der Saale erkrankte der Vorsitzende, Oberlehrer Gabel, Bericht über die Vorarbeiten zum mitteldeutschen Heimatsängertag, der aus Anlaß der Hauptversammlung des Sängerbundes an der Saale im Januar 1932 in Halle stattfindet. Von den insgesamt eingegangenen 250 Kompositionen wurden 14 Chöre herausgeholt. Auch unter den Vereinen, die sich zur Ausführung dieser Werke gemeldet hatten, war eine sorgfältige Wahl zu treffen. Zur Frage der Kostengrenze des Vorliegenden des Kreises VII. Dr. Mund, Senad, wurde beantragt, daß demnach in einer Vertretung in Halle die Wahl des neuen Vororgans vorgenommen werden wird. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, die nächste Generalfeststellung des Bundes am 15. November in Halle abzuhalten.

Der Glistenzampfer der Elbe.

Der Schiffahrtsweg Magdeburg beschränkt in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Wettbewerbsverhältnisse auf der Elbe. Die Entscheidung an der der Verein seine Befugnisse über die Einweisung der Wettbewerbs- und Frachtkontingente auf der Elbe auspricht. Das starke Drängen nach Ladung hat zu einer Senkung der Frachten geführt, die mit den Selbstkosten der Elbschiffahrt in keiner Weise zu vereinbaren ist. Es wird an alle Elbschiffahrtstreibenden der dringende Appell gerichtet, sich zur Senkung der Frachten zu einer Selbstkostenvereinbarung zu finden, um die Elbschiffahrt im Interesse nicht nur der Verladetreibenden, sondern der gesamten Volkswirtschaft sicherzustellen.

Kurzarbeitsabkommen für die gemische Industrie allgemeinverbindlich.

Das am 28. Februar abgeschlossene Kurzarbeitsabkommen für die gemische Industrie Deutschlands ist gestern mit Wirkung ab 1. November für allgemeinerbindlich erklärt worden, und zwar für die Provinz Sachsen, Freistaat Thüringen und Anhalt.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

Bad Segeberg, 3. November.

Ein Bote der Vereinskasse wurde vor dem Polizeigebäude von drei jungen Leuten überfallen und durch drei Revolvergeschosse in den Rücken niedergebrettet. Der überfallene wurde schwerer verletzt ins Krankenhaus übergeführt, wo er hoffungslos darniederliegt. Die Täter sind mit der Ladung des Kassenboten in der Richtung Bad Oeselsdorf geflüchtet. Die in den geraubten Einlieferungsbriefen befindlichen Schecks sind sofort gesperrt worden. Bargeld hatte der Bote nicht bei sich gehabt.

Sprengstoffdiebstahl in Schöffen.

Breslau, 4. November. In dem ehemaligen Speeres-Munitionsschuppen in Godel waren nach einer Breslauer Zeitungsmeldung seit Jahren etwa 300 Kilogramm Sprengstoff und Schwarzpulver untergebracht. Seit einiger Zeit trug man sich mit dem Gedanken, den Sprengstoff an einer sichereren Stelle unterzubringen. Eine Kommission die eine Nachprüfung der Bestände vornehmen wollte, mußte jetzt überführt feststellen, daß die eiserne Tür des Schuppens aufgedrungen worden und das Lager ausgeräumt worden war. In einer Tür stand mit Kreide: „Heil Moskau!“

Betrodung von Arbeitswilligen in Hamburger Hafen.

Hamburg, 3. November. Am Montagmorgen waren 2000 Arbeitswilligen im Hamburger Hafen durch Kommunisten, Polizeibeamte, die Anstaltswachen zerstreuen wollten, wurden angegriffen. Ein Beamter gab darauf einen Schuß ab, durch den ein Demonstrant an Oberschenkel verletzt wurde. Zwei Personen wurden festgenommen.

Jobkräftmangel in Benedig. Infolge Kurzarbeit geriet die Kerzenfabrik „Mirallanza“ in Benedig in Brand. Das Feuer griff mit Windeschwelle um sich und vernichtete die Fabrik vollständig. Der angerichtete Schaden soll in die Millionen gehen.

Das Erdbeben in Japan.

Osaka, 4. November.

Noch immer herrscht völlige Ungeheuer über das Erdbeben, das die Inseln Kjusiu und Schikoku heimgesucht hat, und einander stark widersprechende Meldungen sind in Umlauf.

Zwei japanische Blätter berichten, daß tausend Personen getötet oder verletzt und daß 200 Häuser eingestürzt seien.

Ein in Osaka erscheinendes Blatt dagegen spricht von einem Dutzend zerstörter Häuser und unbedeutenden Verlusten an Menschenleben.

Favag-Prozess.

Frankfurt a. M., 4. November.

Der selbstbetretende Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft, Bodenheimer, der Geschäftsinhaber der Danat-Bank, wurde als erster Zeuge im Favag-Prozess über die Vorgänge bei der Kapitalerhöhung im Jahre 1928 vernommen. Bodenheimer führte aus, daß dem Kontrakt, welches die Kapitalerhöhung durchführte, eine Provision von 625 000 RM zugeflossen sei. Um diesen erklärte der Zeuge, daß die Höhe der Provision 625 000 RM durch den Umstand des Risikos gerechtfertigt gewesen sei. Ueber die Gewinnbeteiligung betreffender Gesellschaften sagte der Zeuge, es sei üblich, zunächst die Firma und dann auch ihren verantwortlichen Leiter zu berücksichtigen, um, wie er es ausdrückte, sie sozuzahlen bei guter Stimmung zu halten. Von der Summe von 67 000 RM, die die Disconto-Gesellschaft erhalten hat, wurden 6000 RM an Dunde und 3000 RM an Becker weitergegeben, ein nicht ungewöhnlicher Vorgang, wie der Zeuge erklärte, und auch nichts, was gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb verstoße.

Finanzgeschäfte der Preupentasse.

Jugenberg als Zeuge im Untersuchungsausschuß.

Am Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Nachprüfung der Finanzgeschäfte der Preupentasse wurde Geheimrat Jugenberg zum Fall der Übernahme der Landbank durch den preussischen Staat vernommen. Dr. Jugenberg schilderte eingehend seine alte Verbundenheit mit der inneren Konstitution und viele Beziehungen zur Landbank der Vorzeit, die ohne Kenntnis des Aufsichtsrates nach der Restorenung überging und die Landbank in die Preussische Privatbank eingekauft wurde, bis sie im Sommer 1924 in das Präsidium des Aufsichtsrates der Landbank gelangte, während Herr von Schwerin der Vorsitz weiter führte. Mitte Februar 1925 starb von Schwerin, und im Mai habe ich den Vorsitz des Aufsichtsrates übernommen. Ich unterrichtete genau den Status und ließ bei der Prüfung auf gewisse Geschäfte, die von dem damaligen Vorstand der Landbank ohne Kenntnis des Aufsichtsrates gemacht worden waren. Am 2. Juni habe ich deswegen eine eingehende Unterhaltung mit Ministerialdirektor Aricus, wobei ich den Standpunkt vertrat, daß die durch die ungünstigen Geschäfte der Direktion verursachten Verluste von etwa 2 Millionen durch einen Staatskredit ausgeglichen werden müßten. Ich habe dafür geltend gemacht, daß der schuldige Direktor sofort ausschied. Es ist mir alles gelungen, was man in früheren Zeiten bei solchen Gelegenheiten als unabhängiger Kaufmann zu tun hatte. Die Kreditverhältnisse gegen sich außerordentlich lange hin. Das Verhalten der preussischen Regierung mußte in mir den Eindruck erwecken — und ein Zeitungsartikel befestigte mich darin —, daß man den Wunsch hatte, der von mir verwaltete Preussische Staat solle der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft helfen. Die Landbank war ein durchaus lebensfähiges Unternehmen in dem Augenblick, wo der Staat für diejenigen Kredite zur Verfügung stellte, die er anderen Siedlungsgesellschaften gab, und die er auch der Landbank gegeben hat, nachdem die Aktien in den Besitz der öffentlichen Hand übergegangen sind. Das preussische Staatsministerium verleiht sich darauf, nur eine Mark für 1000 Papiermark zu zahlen. Der Anleiheausweis endet damit, daß den Aktionären 10 Mark für die 1000-Mark-Aktie gezahlt wurden. Der Fiskus mußte also damit annehmen, daß unsere Forderungen voll bezahlt werden.

Als der Berichterstatter Kuttner (Soz.) eine Frage an den Zeugen richtete, daß Dr. Jugenberg den Vorstand, ihm den Namen des Berichterstatters zu nennen. Nachdem dies geschehen war, bemerkte Jugenberg unter großer Un-

ruhe bei den Sozialdemokraten: „Dann möchte ich zunächst unterstellen, daß Herr Kuttner in keiner Weise mitbeteiligt ist an dem illegalen und illegalen Artikel, der vor einigen Tagen im „Vorwärts“ erschienen ist.“ Kuttner hielt dem Zeugen die gleiche Frage in Bezug auf den „Börsen-Anzeiger“ vor, worauf Jugenberg erklärte, er stelle also fest, daß Kuttner nicht an dem Artikel beteiligt sei.

Das Handwerk beim Reichswirtschaftsminister.

Der neuernannte Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold empfing am 22. Oktober die Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbelamertages. An der Besprechung nahm auch der Reichskommissar für das Handwerk und Kleinrenter Ministerialdirektor Dr. Hoppe teil. Für die handwerklichen Spitzenverbände waren erschienen der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbelamertages Stadtrat Bädermeister Pflugmacher-Magdeburg, der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Handwerks Dr. Verken-Hannover und die Generallektüre Dr. Meiß-Hannover und Hermann-Berlin. Die Aussprache befaßte sich unter Hinweis auf die vorangegangenen wiederholten Besprechungen mit den Mitgliedern des Reichstagskabinetts mit der zukünftigen Gestaltung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik und mit dem hiermit im Zusammenhang stehenden Beratungen des nunmehr einberufenen Wirtschaftsausschusses der Reichsregierung. Ausführlich wurde zur Frage der Preisbildung Stellung genommen und auf alle zu ihr betragenden Urfragen sowohl auf Unternehmer- wie auch auf Arbeitnehmerseite eingegangen. Die Vertreter der handwerklichen Spitzenverbände wiesen hierbei auf die echte Mittelstellung des Handwerks hin, das in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit als ein seinem Wesen nach unbedingter Stand hineingehört sei, am meisten aber unter diesen Auseinandersetzungen zu leiden habe. Es müsse wieder eine staatliche Handwerkspolitik geben, die im Interesse der Interessen der Großunternehmen und der Arbeiterklasse auch die Interessen des gewerblichen Mittelstandes nicht aus den Augen verliere. Die Vertreter des Handwerks brachten noch die Beobachtung darüber zum Ausdruck, daß das Handwerk bislang zu den Arbeiten des gemischten deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses nicht herangezogen sei. Das Handwerk forderte mit Nachdruck eine stärkere Berücksichtigung bei allen für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu führenden Verhandlungen. Inzwischen ist als Vertreter des Handwerks für diesen Ausschuss Generalsekretär Hermann durch den Herrn Reichsanwalt berufen worden.

Unrentable Gemeindebetriebe

Der Kampf um die privatwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden ist unter dem Druck der Finanzmiserie in ein neues Stadium getreten. Thüringen hat bekanntlich mit Rücksicht darauf, daß die Betriebe der Kreise und Gemeinden in der Vergangenheit nicht immer wirtschaftlich eingerichtet und verwaltet worden sind, die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Betriebe genehmigungspflichtig gemacht. Der damit verbundenen Vermeidung der Grundbesitz- und Betriebsverluste von Kreisen und Gemeinden nur dann eine Darlebensberechtigung haben, wenn ihre Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist, soll auf die vorhandenen Betriebe Anwendung finden. Alle Betriebe, bei denen diese Hauptvoraussetzung nicht gegeben ist und auch durch Umstellungsmaßnahmen ohne Anspruchnahme von Steuerbefreiungen nicht in aller Kürze erreicht werden kann, die also keinen Gewinn abwerfen, sind alsbald zu schließen. Von dieser Anordnung werden vor allem die rein gewerblichen oder vorwiegend gewerblichen Betriebe aller Art betroffen; ausgenommen sind solche Betriebe, Anlagen und Einrichtungen, die die Kreise und Gemeinden im öffentlichen Interesse zu unterhalten verpflichtet sind, d. h. vor allem die Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Strom), Angeregt durch das Vorgehen des Staates Thüringen sind jetzt von hiesiger Seite ähnliche Anträge im Reichstag und im preussischen Landtag gestellt worden. Der Reichstag scheidet zunächst aus. Im Preußen müßten, wenn der Paragraph 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893 (1) von der Staatsaufsicht durchgehend wäre, die unrentablen Betriebe der Gemeinden schon längst verschunden sein. Paragraph 3 lautet nämlich:

„Die gewerblichen Unternehmungen der Gemeinden sollen so verwaltet werden, daß durch die Einnahmen mindestens die Ausgaben einschließlich Verzinsung und Bezahlung des Anlagekapitals gedeckt werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die Unternehmung einem öffentlichen Interesse dient, welches anderfalls nicht befriedigt wird.“

Frage: Kennt im preussischen Innenministerium niemand diese Bestimmung?

Stellung des Gemeindevermögens

Das Staatliche Reichsamt hat jetzt eine Vermögensstatistik für die Gemeinden in Aussicht genommen, da die bisherige Durchführung der Reichsfinanzstatistik gezeigt hat, daß die verschiedenen Erhebungen über Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand noch kein vollständiges Bild der gemeindlichen Finanzwirtschaft geben. Insbesondere fehlen Vergleichsmöglichkeiten für den Schuldenstand mit dem Gemeindevermögen. Bereinigt werden gemeindliche Unternehmungen von Staatlichen Reichsamt gelegentlich anderer Erhebungen durch Schätzungen auf Grund von Stichproben berücksichtigt (vor allem beim Wohnungsbau). Diese Investitionsstatistik, die vor allem dem Zweck dient, das deutsche Volksvermögen festzustellen, gibt jedoch keine Möglichkeit, das gemeindliche Vermögen getrennt auch nur annähernd zu erfassen. Dielem Mangel soll die neue Statistik abhelfen.

Fürsorgeermittlungen der Polizei

Es ist verbleiblich darüber geflaskt worden, daß zu Ermittlungen in Fürsorgeangelegenheiten Polizeiorgane benutzt werden sind, wodurch die betreffenden Personen sich mit Recht in ihrem gesellschaftlichen Ansehen geschädigt fühlen. Es ist daher von besonderem Interesse, daß der preussische Minister des Innern in einem Rundbrief vom 11. 3. 1931 ausdrücklich feststellt, daß zwar z. B. Ermittlungen, ob eine gemeldete Person tatsächlich zugezogen ist, innerhalb der Aufgabengrenze der Polizeibehörde liegt, daß aber „Ermittlungen über persönliche, Erwerbs- und Vermögensverhältnisse, wie Unterhaltspflicht, über die Zuständigkeit der Polizeibehörde hinausgehen würden.“ Hieraus ergibt sich, daß die gelegentlich beobachtete Tatsache, daß jeder Polizeibeamte, Gendarm usw. Ermittlungen bei Winternern selbst vorgenommen haben, nach dem Willen des Ministers ganz unzulässig sind. Es dürfte rasiem kein, in jedem solcher Fälle, Beweiser zu führen.

Berücksichtigte Turen für Angestellte.

Die Berücksichtigung der Angestelltenverhältnisse für kaufmännische Arbeitskräfte im Ausland heißt immer noch an die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die früher etwa zwei Drittel der gesamten deutschen Auswanderung aufgenommen haben, drohten die Einwanderung jetzt völlig ab, um die Millionenzahl ihrer Arbeitslosen nicht noch zu vergrößern. Dabei werden immer noch die Entlassungen gemeldet. Zahlreiche Meldungen kommen aus Mittel- und Südamerika, insbesondere den Kaffeeländern, die von geradezu katastrophalen Verhältnisse gekennzeichnet sind. Die Zahl der betrieblösen Deutschen nimmt dauernd zu. So wird der Auslandsabteilung des DVL aus Chile berichtet, daß aus dem unter der Arbeitslosigkeit besonders leidenden Argentinien täglich arbeitende deutsche Angestellte kommen, die oft seit mehreren Tagen nichts gegessen haben und völlig entkräftet sind. Weiter wird aus Chile die Anstellungsoverhältnisse sehr schlecht. Aus den Petroleumgebieten in Venezuela wird Personalabbau bis zu 75 Prozent gemeldet, ferner wurden Gehalts-erhöhungen bis zu 50 Prozent rückwirkend durchgeführt. Da auch nicht einer der vielen von der Auslandsabteilung des DVL verlangten Fragebogen mit günstigen Meldungen aus dem Ausland zurückkommt, warnt diese Stelle dringend vor unüberlegter Auswanderung.

Das Winterquartier der Hühner

Die rauhere, nebelreichste Witterung dieser Oktobertage läßt es notwendig erscheinen, daß jetzt unsere Hühner bereits ihr Winterquartier beziehen. Ist der Hühnerstall im Sommer in der Hauptlage die Nachunterkunft der Hühner, so muß er schon von Herbst an teilweise, später völlig ohne den Aufenthalt im Freien liegen. Das Einfließen von frischem Luft in den Stall ist im Winter vorzuziehen. Grundbedingung jeder rentablen Geflügelhaltung ist: Licht, Luft, Sonne und Sauberkeit. Die Spätsaison ist vorzunehmende Generalreinigung hat sich aber nicht nur darauf zu beschränken, Wände, Decken und Fußboden gründlich zu reinigen und mit einem weißen Kalkstrich zu versehen, sondern sie soll vor allem auch die Fenster, das Einfließen von Licht und Sonne, mit erfassen. Saubere große Fenster in Verbindung mit weißgetauchten Wänden machen die Ställe im Winter für unsere Hühner zu einem angenehmen Aufenthalt. Wo die Fenster selbst zu klein sind, möchten wir eine Vergrößerung der Fensteröffnungen und als Fenster geeignete Gitterfenster mit Gitterstäben empfehlen, die den Vorzug der Billigkeit und der leichten Schließbarkeit haben. Da das Längere sich zu Beginn der kalteren Jahreszeit ein etwas wärmere Dreieck (Gegensatz, Sitzungen usw.) zurückzieht, so werden diese gerade jetzt einer eingehenden Reinigung unterzogen. Stalampen tun hier als Flammenverfälscher bei der Längerebefähigung gute Dienste.

Die Scharräume sind jetzt mit reichlicher Einstreu zu bestreuen, die je nachdem alle 4 bis 6 Wochen zu erneuern ist. Für eine Hühnerhaltung kleinster Abzuges in 2 u. 6, abgeerntete Bohnenstauden, Tomatenstauden und ein wenig als Streu durchaus zu empfehlen. Neben einer Anreicherung mit Geflügeldünger werden diese Gartenreste noch durch die Scharrtätigkeit zerkleinert und so zu einem vorzüglichen Kompost vorbereitet. Torfmoos als Scharrtreu hat neben ungleichen Vorteilen die Nachteile, daß es leicht faulst und über die Vermehrung von Schimmelpilzen für den Käse gibt es nichts Besseres, da Torfmoos in den anfallenden Kot leicht bindet und mit diesem wenig vermischte für leichte wie für schweren Boden einen vorzuziehenden Gartendünger abgibt. Stroh hingegen ist und bleibt für den Scharrraum und für gemöhnliche Verhältnisse immer noch die beste und billigste Einstreu; Stroh ist vor allem die Vermehrung leicht erkennen und entfernt uns dadurch an rechtzeitige Erneuerung der Einstreu. Im Interesse der Tiere geben wir kein kurzgeschlittenes oder gar gehäckeltes Stroh, sondern Balken- oder Langstroh, das von den Tieren bald kurz und fein gekratzt ist. Um das Allgemeinbefinden der Tiere durch genügend Beschäftigung zu heben, wird der größte Teil der Körner in die Scharrstreu gegeben.

Mechelner Kuckuckspfer

(Mit Abbildung.) (Nachdruck verboten.)

Wer kennt diese Rasse noch? Auch weiße Mechelner gibt es; ihr Verbreitungsgebiet ist noch begrenzt. Vor 30 Jahren gaben es, als ob sie eine Zukunft hätten. Aber die größere Verbreitung scheiterte daran, daß wir in Deutschland keine größeren Mastanfallen hatten und die Organisation für den Absatz eines vorzüglichen Tafeluhnes fehlte. Denn Mechelner sind die besten Fleischhühner, sie liefern die weltbekanntesten Bräufel Rouladen. Der Körper des abgebluten Tieres weist schon darauf hin; Kopf, Schwanz und Beine treten vollkommen zurück, nur die Masse des Körpers bleibt. Die Farbe und die Zeichnung spielen dabei bei dieser Rasse keine Rolle. Alle Verluste, die Rasse zu einer Farbasse mit Hilfe der gestreiften Plymouth zu machen, sind geachtet, weil dann das lockere Gefieder und damit auch der Nutzungszweck verlorengehen. Dieses Gefieder ermöglicht ein zartes und feinfaseriges Fleisch, das dazu auch weiß ist. Es ist überaus saftig und gleichmäßig mit Fett durchsetzt. Am Ende von 12 Wochen haben diese Kerle schon ein Gewicht von etwa drei Pfund erreicht.



Dann legt die Mast ein, die in 4 bis 5 Wochen das Tier auf 6 Pfund bringen kann. — Die Tiere neigen dazu, leicht fett zu werden. Es ist daher eine zweckmäßige Fütterung und gute Bewegung der Zucht- und Vegetiere dringend geboten. Die Begeisterung ist nämlich trotz des Mastcharakteres der Rasse recht ansehnlich mit rund 130 Eiern. — Manche Stamm hat keinen höheren Durchschnitt. Dazu werden die Eier im Winter fleißig abgelegt. Im Frühjahr legt allerdings eine rege Brutlust ein, was in der Natur der Sache liegt und von den kleinen belgischen Züchtern geordert wird, damit sie die Küken für die Mast erhalten. — Wenn an einem wirklich hervorragenden Braten liegt, der sollte sein Interesse einmal dieser Rasse zuwenden. Sie wird ihn bei nicht zu fetter Fütterung und reichlicher Bewegung in jeder Weise zufrieden stellen.

Börse und Handel.

Berlin, den 3. November 1931.

Dollar: 4,209 (Gold), 4,217 (Weil), engl. Pfund: 15,58 15,62, hell. Gulden: 170,08 170,47, Belg. (Belgien): 58,64 58,76, ital. Lira: 21,58 21,62, dän. Krone: 90,91 91,09, norw. Krone: 89,41 89,59, franz. Franken: 16,57 16,61, schwed. Krone: 12,47 12,49, schweiz. Franken: 82,02 82,18, span. Pesta: 36,96 37,04, schwed. Krone: 92,66 92,84, österr. Schilling: 58,94 59,06.

Produktenmarkt. Nach ruhigem, aber behauptetem Vormittagsverkehr legten sich die Preissteigerungen am Produktenmarkt am Dienstag fort. Das erhebliche Angebot von Brotgetreide bleibt nach wie vor minimal, und bei guter Nachfrage des Handels und der Mühlen fand das jährliche Offertmaterial zu 2 bis 3 RM höheren Preisen als am Vortage glatt Unterfunkt. Für Weizen- und Roggenmehle waren die Forderungen im Anschluß an die Preissteigerungen für das Rohmaterial teilweise früh erhöht, wurden aber vom Konsum zunächst nur zögernd bemittelt. Hafer bei knappen Angebot fest. Industrie- und Futtermehle wenig offeriert.

Warenmärkte.

Mittagsbörse. (Umlich.) Getreide und Devisen: Der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Weizen ab Station: Weizen Mär. 227-230 (am 2. 11.: 224-227), Roggen Mär. 198-200 (196-198), Wintergerste 175-178 (172 bis 175), Futter- und Industriegetreide 170-175 (168-171), Hafer Mär. 131-137 (145,50-157,50), Weizenmehl 28,50 bis 33 (28,25-32,75), Roggenmehl 28-30 (27,75 bis 29,75), Weizenkleie 10,50-11 (10,50-10,75), Roggenkleie 10,25-10,75 (10-10,50), Weizenstroh 23-29 (22-29), kleine Weizenstroh 25-28 (25-28), Weizenfalten 17-19 (17-19), Weizenfalten 16,50-18 (16,50-18), Weizen 17-20 (17-20), Lupinen blaue 11-12,50 (11 bis 13), gelbe 13-15 (13,75-16), Gerdebella neue 25 bis 31 (26-32), Weizen 13,80-14 (13,80-14), Weizenfalten 6,20-6,30 (6,20-6,30), Sojabohnen 11,80 bis 12,20 (11,80-12,20).

Berliner Schlachtviehmarkt.

(Umlich.) Auftrieb: 1787 Rinder (darunter 550 Ochsen, 503 Kühe), 784 Rüge und Färken), 2547 Kalber, 2650 Schafe, — Ziegen, 1611 Schweine, 100 Masthühner, 1 Schweine. — Preise für 1 Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

Ochsen:	3, 11, 30, 10.
1. vollfl., ausgem., höchsten Schlachtwerts	— 37
jüngere	— 37
ältere	— 37
2. sonstige vollfleischige, jünger	2-35 33-36
ältere	— 35
3. fleischige	29-31 30-33
4. gering genährte	25-27 26-29

Kühe:	— 31
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	30-32 31-34
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25-28 27-30
3. fleischige	15-17 16-18
4. gering genährte	20-24 22-25

Rüge:	— 24
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	24-28 25-30
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	18-23 20-24
3. fleischige	15-17 16-18
4. gering genährte	12-14 12-15

Färken (Kälbinnen):	— 31
1. jüngere, vollfl., höchsten Schlachtwerts	31-33 32-34
2. vollfleischige	25-28 28-31
3. fleischige	18-22 23-26

Ziegen:	— 20
1. mäßig genährtes Jungvieh	20-25 22-26

Kalber:	— 08
1. Doppeltender bester Mast	08-67 60-68
2. beste Mast- und Saugfäher	40-60 40-60
3. mittlere Mast- und Saugfäher	— 40

Schafe:	— 30
1. Mastfäher und jüngere Masthammel	— 30
Weibemast	— 30
Stallmast	41-42 38-42
2. mittl. Mastfäher, ältere Masthammel	35-39 35-38
3. gut genährte Schafe	25-27 25-28
4. fleischige Schafvieh	26-33 28-33

Schweine:	— 44
1. Fetttschweine über 300 Pfund	44-46 48-50
2. vollfleischige von 240-300 Pfund	42-45 45-48
3. vollfleischige von 200-240 Pfund	38-42 41-45
4. vollfleischige von 160-200 Pfund	35-37 38-40
5. fleischige von 120-160 Pfund	— 38
6. fleischige unter 120 Pfund	38-39 40-43

Mastviehmarkt: Rinder schlechtere, Überflutend: Kalber ruhig, gute Kalber knapp: Schafe ruhig; Schweine infolge der nachgehenden Preise wurde der Markt geräumt. Die Preise für Mastvieh für nächstem genogene Tiere und schlachten sämtliche Speien des Handels ab Stall für Frankfurt, Markt- und Verkaufsstellen, Umkehrsteuer, sowie den nachfolgenden Gemüßvertrieb ein.

Ihre am heutigen Tage vollgogene Vermählung geben bekannt
Sermann Ködderitzsch und Frau Dora
 geb. Storch.
 Zrebbin (Kreis Zella), 4. November 1931.

Druckfachen aller Art
 fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut
Buchdruckerei Wth. Gauer, Kösteben.

Für nur RM 6,- Einzelbezug
 statt ca. Rm. 65,- bei Einzelbezug
erhalten Sie

42 der schönsten Opern-, Operetten-Melodien, ferner Salonstücke, Lieder, moderne Tanzschlager und Märsche für Klavier bzw. Gesang und Klavier, enthalten in den neuerschienenen

MUSIKALISCHE EDELSTEINE

BAND 14

AUS DEM INHALT:

I. Opern und Operetten
 Potpourri Die Dreigroschenoper (Weill)
 Potpourri Schwanda, der Dackel (Wolfgang)
 Potpourri Die drei Schwestern (Loh)
 Potpourri Das Veilchen von Montmartre (Loh)
 Potpourri Die drei Schwestern (Loh)
 Potpourri Die drei Schwestern (Loh)
 Potpourri Die drei Schwestern (Loh)

II. Salonmusik
 Slavischer Tanz Nr. 10 (Drofiak)
 Indian Canzonette (Drofiak)
 Romanza Andalus für Klavier (Drofiak)
 Arabische Tänze (Drofiak)
 La Zingana (Singing)
 Die Abend-Wechseltänze (Wahl)
 Streifen der Frühlingsblumen (Loh)
 Minne Nanne (Michall)
 Poeme (Fibich)

III. Lieder
 Als die alte Mutter (Drofiak)
 Ich trage meine Wunde (R. Sing)
 Traum durch die Dämmerung (Mars)
 Japanisches Regenlied (Mars)
 Santa Lucia (Mars)

IV. Gemischte Potpourris, Tänze und Märsche
 Schlagen Potpourri Wundersprogramm 1931 (Friedrich)
 Potpourri Zurück zum Vater (Friedrich)
 Deutscher Tanz Nr. 10 (Drofiak)
 Indian Canzonette (Drofiak)
 Romanza Andalus für Klavier (Drofiak)
 Arabische Tänze (Drofiak)
 La Zingana (Singing)
 Die Abend-Wechseltänze (Wahl)
 Streifen der Frühlingsblumen (Loh)
 Minne Nanne (Michall)
 Poeme (Fibich)
 usw. usw.

Prachtausstattung! Eleg. Ganzleinenband! 176 Seiten stark!

Zu beziehen durch Jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder wenn nicht erhältlich durch ANTON J. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C 1, TAUBCHENWEG 20

Vaterl. Frauenverein
 Sonntag, den 8. Nov.
 abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
 in der „Sorge“ (Fr. Bernheim).

F. Poppe
 — Reichsleiterland Weise —
 Zugelassen bei den Amtsgerichten
 Weiba und Weiba. — Vertrete
 Prozesse und belege alle gericht-
 lichen Angelegenheiten. Bitte im
 „Weiba“ (Fr. Bernheim) Weiba

Inserieren bringt Gewinn

Naturwissen
 schaffliche
 Kenntnisse
 braucht
 heute
 jeder!

Lesen Sie darum den

Kosmos

Sie erhalten jährlich:
12 Monatshefte
4 Bücher

Preisermäßigungen
 Vergünstigungen
 Auskurt

alles für RM 2,-
 im Vierteljahr

Kosmos / Gesellschaft der
 Naturfreunde, Stuttgart



Nebræ Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlf. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Brudtagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Arten.

Nr 132

Donnerstag, den 5. November 1931.

44. Jahrgang

Entscheidende Tage.

Ältnäßliche Klärung in Paris.

Paris, 4. November.

Von maßgebender Seite sind die verschiedenen Gerichte, die von allen Seiten über die angebliche Lösung der Tributfrage und der Frage der kurzfristigen Kredite verbreitet wurden, zum größten Teil als unwahr bezeichnet worden. Was bereits geschrieben ist, bringt das „Journal“ in den Worten zum Ausdruck, daß der französische Ministerpräsident aus Amerika die Handlungsfreiheit für Frankreich und die Notwendigkeit, zu handeln, mitgeteilt habe. Außer diesem nicht zu unterschätzenden Erfolg der französischen Diplomatie ist jedoch nichts geschieden. Auch die Pariser Blätter, die bisher immer noch in dem Irrtum lebten, der deutsche Volkshäufiger werde der französischen Regierung Vorschläge der Reichsregierung unterbreiten, haben sich inzwischen von ihren Berliner Berichterstattern abgezogen lassen, daß die Unterredung Lavals mit dem Volkshäufiger von Hoehsch mehr der Unterrichtung diene, und daß die Reichsregierung zunächst einmal die notwendigen Aufklärungen des französischen Ministerpräsidenten über eine ganze Reihe von Fragen ermarde, die in Washington erörtert wurden, ehe sie selbst zur Frage der kurzfristigen Kredite und der Tribute Stellung nehmen kann.

Die Meldung, wonach sich Ministerpräsident Laval gegebenenfalls mit der Absicht trage, eine Konferenz der Gläubigerstände nach Biarritz einzuberufen, ist von Laval selbst demontiert worden.

Eine Reihe von Blättern machen Deutschland den Vorwurf, mit den kurzfristigen Krediten und ihrer Rückzahlung so zu manövrieren, um den Beweis zu erbringen, daß es Deutschland unmöglich sei, auch nur einen geringen Teil der Tribute zu zahlen.

Die nationalistische „Oder“ weist Deutschland vor, durch seine unveräußerlichen Forderungen jede deutsch-französische Annäherungspolitik unmöglich zu machen.

Die „Sournee industrielle“ warnt vor Ueberlieferungen und erklärt, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nur durch vernünftige Ziele erfolge, daß aber das Arbeitsprogramm der internationalen Bepflegungen vorher in allen Einzelheiten aufgestellt werden müsse.

Dank an Laval.

Von der Tagung des französischen Ministerrats wurde folgende ämtliche Mitteilung veröffentlicht: Ministerpräsident Laval hat dem Ministerialrat über die von ihm in den Vereinigten Staaten erfüllte Aufgabe Rechenschaft abgelegt.

Der Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident Berard dankte Laval im Namen des Gesamtkabinetts und beglückwünschte ihn zu den Bindungen, unter denen er sich der Aufgabe entledigt hat.

Er hob hervor, daß die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten durch die Arbeit des Ministerpräsidenten gefördert worden sei. Ferner legte der Finanzminister Gläubiger dem Ministerialrat den Gegenstand über den neuen Abschnitt der nationalen Ausweisung vor. Die betreffende Vorlage wird unmittelbar dem Finanzauschuß zugewiesen werden, damit die Zustimmung der Kommission so schnell wie möglich beginnen kann. Der Zusammentritt der Kommission wurde auf den 12. November festgelegt.

von Hoehsch bei Briand und Laval.

Volkshäufiger v. Hoehsch hatte nach dem Ministerialrat eine Unterredung mit dem Außenminister Briand. Im Laufe des Nachmittags wurde er von Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand gemeinsam empfangen.

colorchecker CLASSIC

Es werden die verschiedensten Farben und Töne dargestellt, um die Farbwiedergabe eines Systems zu überprüfen. Die Beschriftungen sind teilweise durch die Bildqualität verwaschen, aber man erkennt Begriffe wie 'xrite', 'colorchecker CLASSIC', 'Skala', 'Blau', 'Rot', 'Grün', 'Gelb', 'Orange', 'Lila', 'Cyan', 'Magenta', 'Weiß', 'Schwarz'.

lichen Kreisen deutete man, daß Laval mit Hoover diese Fragen eingehend besprochen und daß man sich dahin geeinigt habe, im Interesse der Erreichung wirtschaftlich brauchbarer Resultate den nächsten Schritt von Europa kommen zu lassen, da nur auf diesem Wege den amerikanischen Steuerzahlern der Vorschlag größter Opfer unterbreitet werden könne. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung in irgendeiner Form auf der Briand'schen Konferenz vertreten sein werde, obwohl zurzeit noch nichts darüber entschieden sei. Zunächst müsse das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sowie, falls irgend möglich, die Klärung des Memoratoriums durch den hiesigen Kongreß abgewartet werden.

Die Aussicht auf völligen Verzicht auf Reparationen einschließlich des sogenannten unauflöslichen Teils beurteilt man in Amerika aus psychologischen und sachlichen Gründen ziemlich skeptisch.

Der neue Osthilfekommissar.

Die Ernennung Schlangé-Schönings.

Berlin, 4. November.

Die Unterredungen zwischen Reichsfinanzminister Dr. Brüning, dem Abgeordneten Schlangé-Schönings (Landvolk) und dem Reichspräsidenten Dr. Braun haben eine Uebereinstimmung darüber ergeben, daß es wünschenswert ist, in Zukunft eine Zentralisierung des Osthilfswesens in der Person des neuen Reichskommissars für die Osthilfe vorzunehmen. Es würden also danach in Zukunft nicht mehr preussische und Reichstellen getrennt am Hilfsdienst für den deutschen Osten arbeiten; vielmehr ist an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Regierungen bei verantwortlicher Leitung des Wertes durch den neuen Reichskommissar gedacht.

In politischen Kreisen wird erklärt, daß Ministerpräsident Braun zu einer solchen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Reichsstaatssekretär Schlangé-Schönings im Interesse der Osthilfe durchaus bereit sei. Die offizielle Ernennung Schlangé-Schönings dürfte in wenigen Tagen erfolgen, nachdem durch eine besondere Verordnung der sachliche Komplex des Osthilfswesens geklärt worden ist.

Die steuerfreie Reichsbahnleihe.

Vorheriges Ergebnis: 214,3 Millionen RM.

Berlin, 4. November.

Die Anleihegeber ist auch jetzt Ablauf der Annahmefrist in stetigem, wenn auch nicht mehr sprunghaftem Ansteigen begriffen. Das stellt bei der jetzt — d. h. nach noch nicht gänzlichem Aufschwungsbauer — erreichten Höhe von 214,3 Millionen RM einen Entfaltungserfolg dar, der um so bedeutender erscheint, als die monatelange Sperre der Arbeit eine Flüssigmachung angelegter Gelder zum Zwecke des Erwerbs steuerfreier Reichsbahnleihe fast unmöglich gemacht hat.

Vor allem aber ist das bis jetzt erreichte Anleihergebnis ein Zeichen des allgemeinen Vertrauens in die Sicherheit der Reichsbahnwerten angelegten Kapitalien.

Dieses Vertrauen ist in der Tatfache begründet, daß die Finanzen der Reichsbahn trotz der Wirtschaftskrise und des damit zusammenhängenden gewissenhaften Betriebs- und Einzahlungsanges in Ordnung gehalten sind, so daß der gesamte Anleiheerlös zur Finanzierung von Aufträgen an die Industrie verwendet, also der Bänderung der Arbeitsnot dienlich gemacht werden kann.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn.

Am Einvernehmen mit der Reichsregierung ist die Reichsbahn ausnahmsweise damit beschäftigt, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die nächsten Monate aufzustellen. Für dieses Programm stehen die Mittel aus den Erträgen der Reichsbahnleihe zur Verfügung.

Eine Berichtigung Schieles.

Die Brotgetreideversorgung Deutschlands.

Berlin, 4. November

Ueber die Brotgetreideversorgung Deutschlands ist auf Grund einer Berichtigung von Professor Brand in der Veröffentlichung eine Auffassung entstanden, die, wie das Reichsernährungsministerium mitteilt, durchaus nicht den Tatsachen entspricht.

Das Reichsernährungsministerium wendet sich vor allem gegen die Behauptung Brands, daß ein Roggen-einbuhrbedarf vorliege. Nach den bisherigen Ernteschätzungsergebnissen sei nach Ansicht des Ministeriums eine Einbuhr irgendwelcher Roggenmenge nicht zu erwarten. Es sei zwar richtig, daß die gesamte Getreideernte in Deutschland im allgemeinen qualitativ schlechter sei als im vorigen Jahre, aber gerade die Roggenerte in diesem Jahre besser als im vorigen Jahre. Entgegen den Angaben Professor Brands glaubt man mit einer Roggenverfütterung von nur einer Million Tonnen rechnen zu können.

Die Ziffer von 1,5 Millionen Tonnen sei zu hoch gegriffen.

Was die Weizenverloerung angeht, so habe Minister Schiele bereits darauf hingewiesen, daß mit einem Einbuhrbedarf von rund 500 000 Tonnen gerechnet werden müsse, eine Ziffer, die sich von der Schätzung Brands nur um etwa 50 000

Tonnen unterheide. Da bereits 200 000 Tonnen Weizen in Amerika aufgekauft worden seien, verbleibe lediglich noch eine Menge von 300 000 Tonnen, die ohne weiteres auf dem Weltmarkt, sei es in Nordamerika, sei es in Kanada, zu haben sei. Professor Brand behauptet ferner, daß wir in der Futtermittelversorgung vor einer großen Verknappung länden.

Auch diese Ansicht wird vom Reichsernährungsministerium bestritten, da die jetzigen Futtermittelverhältnisse nach unter dem Preis des vorigen Jahres liegen. Als ein dorniges Problem wird auch im Reichsernährungsministerium die Schweinefrage angesehen. Der Kern des Übels sei, daß Deutschland fünf Millionen Schweine zueht habe, woraus sich ergebe, daß die Preise (sowohl für Schweine als auch für Ferkel) unnatürlich niedrig seien.

Beruhigung in Bern.

Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

Berlin, 4. November

Der schweizerische Bundesrat hat die Mitteilung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen, daß sie mit einer Abklärung der Abklärungsschrift für den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag von drei Monaten auf zwei Monate einverstanden ist. Damit ist ein besonders wichtiger Punkt in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern überunden, und man darf auf einen ruhigeren Fortgang der Auseinandersetzungen hoffen.

Die Bundesregierung hat den Vetter ihres volkswirtschaftlichen Departements, den Bundesrat Schulthess beauftragt, die Verhandlungen beschleunigt wieder aufzunehmen, und dieser hat nach am gleichen Tage mit dem deutschen Gesandten die Formalien erörtert, die für den Fortgang der Beratungen erforderlich sind. Nachdem sich so die Gemüter weitest berührt haben, besteht auch auf Schweizer Seite die Hoffnung, daß der Meinungsaustrausch in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen wird, mit dem sich beide Teile zufrieden erklären können.

Weitere konservative Siege.

Die englischen Gemeinderatswahlen.

London, 4. November.

In London und in etwa 300 Städten und Landkreisen abgehaltene Municipalwahlen galten mit Ausnahme von London, wo der gesamte Magistrat neu gewählt wurde, der Erlegung eines Drittels der gewählten städtischen Körperschaften.

In London waren in den frühen Morgenstunden 562 Konservative und 205 Arbeiterparteiern sowie 10 d. h. gehörige verschiedener Parteien gewählt. Damit hat die konservative Partei 425 Sitze gewonnen und die Arbeiterpartei 92 Sitze verloren.

Die Resultate aus den Landkreisen sind zur Stunde noch nicht vollständig, soweit sie vorliegen, zeigen sie starke Verluste der Arbeiterpartei.

Kein geeintes Ostafrika.

Ostafrika-Bericht des englischen Parlamentsauschusses.

London, 4. November

„Times“ beschäftigt sich in einem Artikel mit dem Ostafrika-Bericht des britischen Parlamentsauschusses und bezeichnet ihn als ein entscheidendes Dokument, das einen langen Streit beende. Zweifellos würden in diesem Bericht, so schreibt das Blatt weiter, große und wichtige Vorteile preisgegeben, aber die Entscheidung müsse als klug anerkannt werden.

Es sei jetzt klar, daß es kein großes Britisch-Ostafrika geben werde, sondern nur wie vor drei getrennte Gebiete. Der Ausschuh habe durch seine Entscheidung der künftigen Entwicklung zwar nicht vorgegriffen, aber es sei nicht wahrscheinlich, daß etwas, was im Jahre 1920 möglich, 1930 kaum noch möglich war, im Jahre 1940 wieder zu einer Möglichkeit werden sollte.

Gewisse Kreise der englischen Politik hatten darauf gedrungen, daß zwischen den vier britischen Kolonien Englands und dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, das als Mandatsgebiet Tanganika der englischen Verwaltung unterstellt ist, eine enge Vereinigung herbeigeführt und auf diese Weise ein neues großes ostafrikanisches Dominium im Verband des britischen Weltreiches geschaffen werden sollte. Damit wäre ein Mandatsgebiet als Kronkolonie dem britischen Reich einverleibt worden. Schon als dieser Gedanke zuerst auftauchte, ist seine juristische Unzulässigkeit von verschiedenen Seiten betont worden, und namentlich Deutschland hat sich in offiziellen und privaten Stimmen gegen ihn gemeldet, sowohl aus rein formalen Erwägungen wie aus den Gedanken heraus, daß die ehemalige deutsche Kolonie früher oder später in irgendeiner Form durch den Völkervertrag an Deutschland zurückgeführt werden könnte. Der Prüfungsausschuß hat sich den durchaus sachlichen juristischen Bedenken gegen die angeregte Vereinigung des Mandatsbegriffes offenbar nicht verschlossen, und er hat auch politische Bedenken gegen eine Vervollständigung der gegenwärtigen Zustände in Ostafrika geltend gemacht, um das Ergebnis seiner Arbeiten zu begründen. Dieses geht dahin, daß man sich zunächst darauf beschränken müsse, eine wirtschaftliche und auch wissenschaftliche Zusammenarbeit im Inter-